



NEWSLETTER Christian Piwarz

Frühjahr 2018

Ihr Landtagsabgeordneter im Dresdner Osten

Sachsen startet neu durch!

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hat am 31. Januar 2018 seine erste Regierungserklärung im Sächsischen Landtag gehalten. Das 100-Tage-Programm der neuen sächsischen Staatsregierung unter Führung der CDU trägt die Überschrift **„Unser Plan für Sachsen: Zusammenhalt festigen, Bildung sichern, neue Wege gehen“**.

„Mit dem Programm knüpfen wir an Bewährtes an und korrigieren unsere Politik, dort wo es Mängel gab. Die Regierungserklärung gibt neue Impulse und setzt Schwerpunkte, wo sie notwendig sind. Wir müssen Freiheit wagen, den Fuß von der Bremse nehmen und neu durchstarten!“, stärkte der CDU-Fraktionsvorsitzende, Frank Kupfer, dem Ministerpräsidenten den Rücken für den jetzt eingeschlagenen Weg der Staatsregierung.

Unser Plan für Sachsen sieht weitreichende Investitionen in die Zukunft vor und baut bisherige Ansätze weiter aus. Dank der hervorragenden wirtschaftlichen Entwicklung und der langfristig gesicherten Einnahmen, durch den neu geregelten Bund-Länder-Finanzausgleich, stehen dafür die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung. So werden die Gemeinden und Kommunen verlässliche Spielräume erhalten, um die Infrastruktur vor Ort zu sanieren und auszubauen. Dabei soll zukünftig

die Förderung stärker über Pauschalen ausgereicht und damit Bürokratie abgebaut werden. Mit pauschal 90 Millionen Euro bis 2020 stärken wir die Finanzkraft der sächsischen Städte und Gemeinden. Vor allem kleinere Gemeinden im kreisangehörigen Raum erhalten so zusätzlich bis zu 70.000 Euro pro Jahr. Unser Leitmotiv ist weiterhin attraktive und gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Freistaat. Die Staatsregierung wird einen Masterplan „Ländlicher Raum“ als ressortübergreifendes Strategiepapier mit konkreten Maßnahmen erarbeiten. Dazu zählt bereits ein neues Programm für den schnellen Breitbandausbau in allen Regionen. Der Freistaat wird die Kommunen maximal unterstützen und den kommunalen Eigenanteil tragen. Die Zuwendungen für unsere Freiwilligen Feuerwehren werden verdoppelt und stärker der Fokus auf die medizinische Versorgung und Pflege gelegt.



Michael Kretschmer, 42
Sächsischer Ministerpräsident

Im Bildungsbereich wird es darum gehen, die frühkindliche Bildung qualitativ weiter zu verbessern. Dafür kündigte der Ministerpräsident einen Dialogprozess mit Eltern und Kita-Fachkräften an. Außerdem soll das leistungsstarke und sozial gerechte sächsische Bildungssystem gesichert und gestärkt werden. Die größte Aufgabe vor der Sachsen derzeit steht, ist den Lehrerberuf langfristig wieder mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften zu decken.

Vereidigung der Sächsischen Staatsminister im Sächsischen Landtag am 31. Januar 2018.



Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Handlungsprogramm „Nachhaltige Sicherung der Bildungsqualität in Sachsen“

Nach intensivem Ringen in der CDU-Landtagsfraktion und langen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner konnte die Staatsregierung am 9. März ein Handlungsprogramm beschließen, welches an allen Stellschrauben ansetzt, um die Lehrerversorgung im Freistaat zu sichern. Das Maßnahmenpaket besitzt ein Volumen von über 1,7 Mrd. Euro für die kommenden fünf Jahre. Ziel der vielseitigen Maßnahmen ist:

1. Junge Lehrer für Sachsen gewinnen - Attraktivität im bundesweit hart um- kämpften Arbeitsmarkt steigern

Das Einstellungsverfahren im Februar 2018 zeigte nachdrücklich, es ist bereits 5 nach 12. Erstmals konnten nicht alle freien Stellen besetzt werden - nicht einmal mit Seiteneinsteigern, deren Anteil mit über 60 % doppelt so hoch wie im vergangenen Jahr ist. Damit laufen wir Gefahr, das hohe Niveau unseres anerkannten sächsischen Bildungssystems nicht mehr halten zu können. Wir müssen eingestehen, wir haben zu spät reagiert und die seit 2012 ergriffenen Maßnahmen entfalten nicht die erhoffte Wirkung.

Wir müssen grundsätzlich umsteuern, um wieder für junge Lehrer und Lehrerinnen im bundesweiten Vergleich attraktiv zu werden. Ziel ist es, die



Fachregierungserklärung: „Aufbruch in schwieriger Zeit – neue Impulse für das Bildungsland Sachsen“ am 14. März 2018

Unterrichtsversorgung mittel- und langfristig wieder mit grundständig ausgebildeten Lehrern abzusichern.

Nur Sachsen und Berlin verbeamteten bisher nicht. Das sind die beiden Länder mit dem höchsten Anteil an Seiteneinsteigern. Selbst mit höheren Gehältern ist es Berlin nicht gelungen, diesen Wettbewerbsnachteil auszugleichen. Dabei hat Berlin noch nicht einmal einen ländlichen Raum. Wir müssen Wettbewerbsgleichheit herstellen, damit wir nicht mehr gut ausgebildete sächsische Lehrer in andere Bundesländer ziehen lassen müssen.

Deshalb verbeamtet der Freistaat ab 1. Januar 2019 grundständig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer bis 42 Jahre für einen Zeitraum von fünf Jahren für den Einstieg in das Beamtenverhältnis. Referendare und Lehramtsanwärter werden im Beamtenverhältnis auf Widerruf eingestellt und erhalten eine weitgehende Einstellungsgarantie, sowie eine Sonderzahlung, wenn sie in Regionen oder an Schularten mit besonders hohem Einstellungsbedarf gehen. Wir gehen davon aus, dass gerade Lehrer mit sächsischen Wurzeln wieder in die Heimat zurückkehren. Der Beamtenstatus bleibt bei einem Wechsel nach Sachsen zukünftig bestehen.

Selbstverständlich bildet der Freistaat auch für diese Beamtengruppe eine Rückstellung, um die spätere Last der Pensionen nicht der kommenden Generation zu überlassen.

2. Maßnahmen für die Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden

Von Anfang an stand das Ziel, die Lehrkräfte, die über viele Jahre unser sächsisches Schulsystem getragen haben und zu Erfolgen führen, in das Programm einzubeziehen und ihnen die Wertschätzung zukommen zu lassen, die Sie verdienen. Bereits im Lehrermaßnahmenpaket vom Dezember 2016 wurden die Oberschullehrer in die A13/E13 gehoben. Jetzt folgen die Grundschullehrer, die damit den anderen Schularten gleichgestellt werden. Diese Maßnahme, die die wichtige Arbeit am Beginn der Bildungskarriere würdigt, war mir ein persönliches Anliegen.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



Für 20 Prozent der nicht verbeamteten Lehrer sind Beförderungsstellen in die E14 an den weiterführenden Schulen vorgesehen. Von Leistungsprämien und Zulagen können alle Lehrer profitieren. Anders als die Bundesländer, die zuletzt die Verbeamtung eingeführt haben, um den Unterricht abzusichern (Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen), tun wir aktiv etwas für diejenigen Lehrer, die nicht verbeamtet werden können.

3. Strukturelle Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs und zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Um die Lehrer zu entlasten, zielen verschiedene Maßnahmen darauf, zusätzliches Personal an die Schulen zu bringen, welche einen Teil der Aufgaben übernehmen, die jetzt Lehrkräfte erledigen. Unter anderem sollen Schulassistenten an Schulen mit besonderen Herausforderungen zum Einsatz kommen und weitere 20 Schulpsychologen eingestellt werden.

Der Freistaat legt ein Programm „Senioren-Lehrkräfte“ auf. Ein Großteil der Lehrer geht mit 63 Jahren in Rente. Mit dem Lehrer-Maßnahmepaket vom Dezember 2016 ist es gelungen über 600 Senioren weiterhin als Lehrer im Schuldienst zu halten. Dafür hatte der Sächsische Landtag eine zusätzliche Bindungszulage für diese Lehrer bereitgestellt. Doch nicht alle Lehrkräfte sind nach langjähriger Unterrichtstätigkeit dazu bereit und in der Lage, noch regelmäßig vor einer Schulklasse zu stehen. Viele würden aber gern ihre Erfahrung und Wissen an die nächste Lehrergeneration weitergeben und anderweitig in den Schulen unterstützen. Das neue Programm schafft für diesen Einsatz die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Als Mentoren für Referendare und Seiteneinsteiger sind die Senioren damit auch eine Hilfe für die anderen Lehrer, die sie von dieser zusätzlichen Aufgabe entlasten. Die damit freiwerdenden Stundenkontingente, können außerdem der regulären Unterrichtsversorgung zugeführt werden. Das heißt, die bisher mit diesen Aufgaben betrauten grundständig ausgebildeten Lehrer können mehr Stunden unterrichten.

Die größte Entlastung wollen wir erreichen, indem wir junge Lehrkräfte gewinnen, die die Lücken derjenigen schließen, die in den wohlverdienten Ruhestand gegangen sind. Die Maßnahmen möglichst reibungslos und zielgenau umzusetzen, dafür werde ich mit den Mitarbeitern meines Hauses mit ganzer Kraft arbeiten.

Weitergehende Informationen, sowohl zum Regierungsprogramm als auch zum Handlungsprogramm zur Lehrerversorgung, finden Sie wie immer auf meiner Homepage:

www.christian.piwarz.de



Pressemittlung

Landtag bewilligt Fördermittel für Elbradweg und „Blaues Wunder“

Der Haushalts- und Finanzausschuss des Sächsischen Landtages hat in seiner letzten Sitzung der Umschichtung und Bindung von Mitteln aus dem Zukunftssicherungsfonds zugestimmt. Insgesamt 87 Millionen Euro stellt der Landesgesetzgeber für den Straßenbau in Sachsen zur Verfügung. Davon fließen 4.307.249 Euro in Baumaßnahmen der Stadt Dresden.

„Ich freue mich sehr, dass mit knapp 2 Millionen Euro wichtige Vorhaben im Ortsamt Loschwitz durch den Freistaat Sachsen gefördert werden.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Konkret betrifft dies die Instandsetzung des Blauen Wunders mit 1,3 Millionen Euro sowie den Neubau des Elberadweges in Loschwitz zur Komplettierung des rechtselbigen Radweges fern der vielbefahrenen Pillnitzer Landstraße, auf den wir vor Ort schon lange hinarbeiten“, erklärt der Dresdner Landtagsabgeordnete Christian Piwarz.

Außerdem hat der Haushaltsausschuss Fördermittel für ein drittes Vorhaben im Ortsamtsbereich bewilligt: die Erneuerung der Stützwand an der Calberlastraße einschließlich Straßenausbau zwischen Pillnitzer Landgraben und Calberlastraße Haus-Nr. 2

Neues aus dem Landtag - März 2018

CDU fordert EU-Unterstützung für regionale Entwicklung

Sachsen steht trotz guter wirtschaftlicher Entwicklungen weiterhin vor besonderen strukturellen Herausforderungen, die eine weitere EU-Strukturförderung unabdingbar machen. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD widmete sich die aktuelle Debatte der Forderung: „Die Regionalpolitik der Europäischen Union muss auch nach 2020 die regionalpolitische Entwicklung in Sachsen spürbar und zukunftsweisend unterstützen.“

Im Mai wird die EU-Kommission ihre Vorschläge für den europäischen Finanzrahmen nach 2021 unterbreiten. Hierbei werfen insbesondere der Austritt Großbritanniens und die Herausforderungen der vergangenen Jahre Fragen zur zukünftigen Ausgestaltung der EU-Finzen auf. Es könnten Kürzungen, vor allem im Bereich der Strukturförderung, oder gar eine komplette Einstellung der Förderung für stärker entwickelte Regionen eintreten. Dies hätte gravierende Folgen für den Freistaat Sachsen.

Der europapolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Marko Schiemann, erklärte für unsere Landtagsfraktion, dass wir den Zusammenhalt der europäischen Regionen weiter unterstützen wollen. Er mahnte eindringlich: „Es darf kein zu

großes Fördergefälle mit den Nachbarregionen geben. Der bisherige Aufholprozess des Freistaates Sachsen darf nicht gefährdet werden. Wir dürfen nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Für eine solide Entwicklung brauchen wir auch künftig die Unterstützung der Europäischen Union.“ Dabei ist die Vereinfachung der Förderverfahren der EU in der kommenden Förderperiode dringend geboten.

Monatliche Unterstützung für Sehbehinderte und Gehörlose deutlich aufgestockt

Die sächsische Staatsregierung hat mit einer Änderung des Landesblindengesetzes eine Erhöhung des Nachteilsausgleichs für Behinderte vorgelegt. Nach der Anhörung von Experten und Verbänden im Rahmen der Ausschussberatung, sahen CDU und SPD in der vorgesehenen Anpassung die gestiegenen Lebenserhaltungskosten und damit behindertenbedingte Mehrkosten nicht ausreichend abgebildet. Die monatliche finanzielle Unterstützung haben wir gemeinsam in einem Änderungsantrag entsprechend aufgestockt. Damit verbessern wir die Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben für die Betroffenen.

Rückwirkend zum 01. Januar 2018 werden folgende Nachteilsausgleiche für Behinderte monatlich ausgezahlt:

- 80 Euro (+28 Euro) für hochgradig Sehbehinderte,
- 130 Euro (+27 Euro) Gehörlosengeld,
- 100 Euro (+23 Euro) für schwerstbehinderte Kinder,
- neu eingeführter Ausgleich für gleichzeitig blinde und gehörlose Menschen in Höhe von 300 Euro.



Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION



Dieselfahrverbote vermeiden!

CDU/SPD beantragten die aktuelle Debatte „Dieselfahrverbote in Innenstädten – die Umsetzung der Rechtsprechung muss Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Verbraucherschutz gleichermaßen im Blick behalten“, denn über die Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts braucht es eine ehrliche und sachliche öffentliche Debatte.

Das Urteil vom 27. Februar 2018 ermöglicht den Kommunen für das gesamte Stadtgebiet oder nur einzelne Straßen Dieselfahrverbote zu verhängen, um den Stickoxid-Ausstoß einzudämmen. Unser politisches Ziel fasste der handwerkspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Ronald Pohle, trefflich zusammen: „Die Erreichbarkeit der Innenstädte für Unternehmen und alle Bürger muss erhalten bleiben. Besonders Handwerker und Mittelstand können nicht mit Bus und Bahn zu ihren Kunden fahren. In meinem eigenen Betrieb habe ich 2011 und 2015 zwei Fahrzeuge angeschafft. Ein Fahrverbot käme uns teuer zu stehen und dies können nur Leute gut finden, die noch nie in ihrem Leben selbst am Produktionsprozess teilgenommen haben.“ Wir brauchen daher eine lösungsorientierte und versachlichte Debatte über den richtigen gesellschaftspolitischen Weg zur Reduzierung der NOX-Belastung.

Zu hinterfragen ist: Befinden wir uns in einer Aktionismus-Debatte und lassen uns von zweifelhaften gegensätzlichen Gutachten und Meinungen treiben?

Es bleibt festzuhalten, dass die entsprechenden Emissionen laut Umweltbundesamt von 2,9 Mio. Tonnen (1990) bis zum Jahr 2016 um 1,7 Mio. Tonnen zurückgegangen sind. Der Diesel stößt mittlerweile deutschlandweit 67% weniger Stickoxid aus als 1990. Ronald Pohle verwies in seinem Debattenbeitrag auf ein Interview der DNN mit Prof. Matthias Klingner, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Verkehrs- und Infrastruktursysteme in Dresden, der die aktuellen politischen Maßnahmen und Vorschlägen grundsätzlich in Frage stellt.

Sachsens Umweltminister Thomas Schmidt (CDU) erklärte im Rahmen der Debatte, dass sowohl Dresden als auch Leipzig ohne Fahrverbote bis 2020 die Grenzwerte für den Ausstoß von Stickoxiden einhalten könnten. Vorausgesetzt die Maßnahmen im Luftreinhalteplan werden umgesetzt. Der Freistaat Sachsen wird den Kommunen helfen, damit es keine großflächigen Fahrverbote geben wird.

Fazit: Die CDU will Umweltverträglichkeit, aber nicht auf Kosten der Endverbraucher!

CDU will Studentenwerken Planungssicherheit geben - Zwischenbilanz gefordert

„Studentenwerke sind ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein unserer Hochschullandschaft. Sie bieten unseren Studenten eine leistungsfähige soziale Infrastruktur. Für das breite Leistungsangebot haben wir die Landeszuschüsse seit 2015 auf jährlich zehn Millionen Euro erhöht und stellen zusätzlich seit 2017 zwei Millionen Euro pro Jahr als Investitionszuschuss bereit. Damit haben wir auch auf die Nachfragen und Bedarfe einer immer vielfältiger werdenden Studentenschaft reagiert“, fasste die CDU-Hochschulpolitikerin, Aline Fiedler, die Bedeutung der Studentenwerke und die Unterstützung durch die Landespolitik zusammen.

Um auch zukünftig den sächsischen Studentenwerken Planungssicherheit zu gewährleisten, hat

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

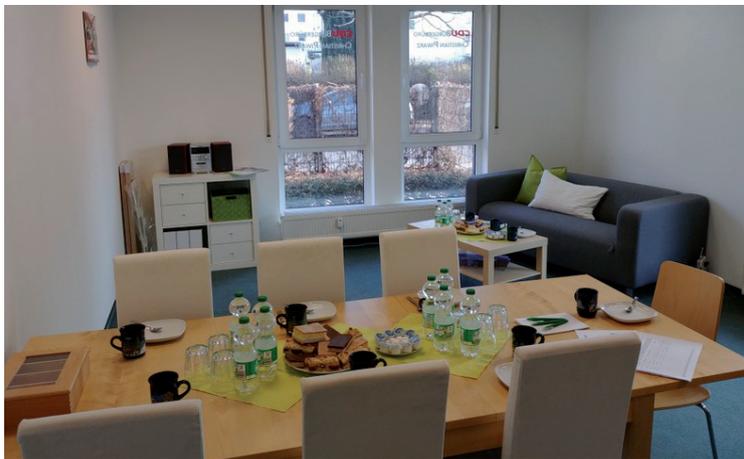
| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



der Sächsische Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD einen Antrag beider Fraktionen beschlossen, der den Abschluss von mehrjährigen Zuschussvereinbarungen prüfen lässt. Seit den 90er Jahren haben wir uns auf eine leistungsfähige Infrastruktur konzentriert. Mit dem Antrag nehmen wir jetzt die Bestandserhaltung und Modernisierungsbedarfe in den Blick. CDU und SPD beauftragten die Staatsregierung dafür rechtzeitig, vor den Haushaltsberatungen, eine Zwischenbilanz der sächsischen Studentenwerke vorzulegen. Diese soll die Einnahme- und Ausgabesituation sowie die Investitionsnotwendigkeiten darstellen.

Wahlkreisarbeit - mit Jung und Alt im Gespräch bleiben

Auch in meiner neuen Funktion als Sächsischer Kultusminister, ist es mir wichtig, mit den Bürgern, Unternehmern und Vereinen im Wahlkreis im Gespräch zu bleiben; hilfreicher Ansprechpartner für die Anliegen und Probleme zu sein; aber auch die Positionen und Arbeit der CDU vor Ort zu erklären. Mit dem neuen Format des Bürgercafés stehe ich dafür beispielsweise regelmäßig bei Kaffee, Tee und Kuchen gemeinsam mit Stadträten im neu gestalteten Wahlkreisbüro zur Verfügung.



nächstes Bürgercafé im Bürgerbüro:

06. Juni, 16:00 - 18:00 Uhr

**sowie
Gesprächstermine nach Vereinbarung**

nächste Veranstaltung:

Sportstammtisch im Dresdner Osten

18. April 2018 um 18:00 Uhr

im Laubegaster Ruderverein e.V.
Laubegaster Ufer 8, 01279 Dresden

Von den Wahlkreisterminen der letzten Wochen war einer besonders außergewöhnlich.

Von den „Panthern“ der Christlichen Schule Dresden bekam der Sächsische Landtag im September 2017 Post. Sie hatten sich mit dem Thema Kinderrechte beschäftigt und ihre Wünsche an die Politik zu Papier gebracht. Am 09. Februar besuchten mich die Viertklässler aus Zschachwitz im Sächsischen Landtag. Ich hatte Sie eingeladen, um mit ihnen über ihre Vorstellungen und Wünsche zu sprechen und zu erklären, was ein Abgeordneter im Landtag davon direkt umsetzen kann. Aufgeweckt und interessiert fragten die Schüler fast 1 1/2 Stunden, während einer kleinen Führung durch den Plenarsaal und das Haus, zu Abläufen, aber auch eher Ungewöhnliches: Zum Beispiel, wie ich zur Kernfusion stehe und ob wir nicht schnell zu erneuerbaren Energien wechseln sollten oder ob „das mit der Mauer zwischen Mexiko und den USA kommen werde.“ Sicher werden sie mehr in Erinnerung behalten, als die weichen Stühle und Bienenstöcke im Landtag, von denen Sie merklich begeistert waren.

In der passenden Form und Sprache funktioniert politische Bildung in jedem Alter.



Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



Neues aus dem Landtag - Januar / Februar 2018

Sturmtief Friederike: Anerkennung ehrenamtlicher Helfer & hauptamtlicher Einsatzkräfte

Die aktuelle Debatte nutzten die Koalitionsfraktionen, um herzlich allen Einsatzkräften „Danke!“ zu sagen. Das Sturmtief „Friederike“ sorgte für rund 6.900 Einsatzlagen in Sachsen. 1.400 Feuerwehren und das THW arbeiteten bis an ihre Erschöpfungsgrenzen.

Unser feuerwehrpolitischer Sprecher Jan Löffler verband den Dank auch mit einer klaren Hilfestellung für die Freiwilligen Feuerwehren: In den kommenden fünf Jahren werden wir im Rahmen eines Fachförderprogrammes 200 Mio. EUR in unsere Freiwilligen Feuerwehren investieren. Außerdem wird die CDU-Fraktion Vorschläge aus dem 100-Tage-Programm aktiv unterstützen, zum Beispiel die Förderung für den Ersatz veralteter Feuerwehrentechnik inkl. Sammelbestellung und Lösungen für eine lückenlose Absicherung der Notarztversorgung.

Sachsen braucht ein einheitliches Sachsenticket für Bus und Bahn

Wer von Chemnitz nach Dresden mit der Bahn fährt, der kann nur bis Klingenberg-Colnitz sein Ticket im Zug kaufen, danach geht es nicht mehr. Wer mit dem Handy sein Ticket kauft, muss in Leipzig eine andere App nutzen als in Dresden und in jeder Region gibt es andere Beförderungsbestimmungen für das Fahrrad oder elektrische Rollstühle. So beschrieb Andreas Nowak anschaulich einige Schwierigkeiten, auf die Bahnkunden in Sachsen stoßen. Mit all diesen Fragen hat sich eine Expertenkommission auseinandergesetzt. Im Dezember 2017 hat die ÖPNV-Strategiekommission ihren Abschlussbericht vorgelegt. Jetzt haben wir erstmals valide Daten und konkrete Vorschläge, was man besser machen kann.

In einem gemeinsamen Antrag haben CDU und SPD die Staatsregierung beauftragt mit den zu-

ständigen Zweckverbänden, den Kommunen und Landkreisen die wichtigsten Anliegen der ÖPNV-Strategiekommission anzugehen: einen einheitlichen Dachtarif und gemeinsame Standards der Beförderung.

Unser Ziel ist es, mit einem attraktiven und gut funktionierenden öffentlichen Nachverkehr, der keine Barrieren mehr kennt, dazu beizutragen, die Lebensqualität überall in Sachsen zu steigern.

Änderung des Sächsischen Jagdgesetzes - Afrikanische Schweinepest in Sachsen verhindern!

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) – die Wild- und Hausschweine in Sachsen bedroht, weil ein Impfstoff gegen die tödlich verlaufende Infektionskrankheit



noch nicht vorhanden ist, beschäftigt seit einiger Zeit auch den Sächsischen Landtag. Nach Initiativen der Fraktionen von CDU und SPD wurden Änderungen im Jagdgesetz verabschiedet. Im Einzelnen wird aus gesundheitlichen Gründen der Einsatz von Schalldämpfern bei der Jagd erlaubt. Das Sächsische Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft wird ermächtigt, bei Auftreten und Fortbestand einer Seuchengefahr erforderliche Regelungen zu erlassen. Dazu gehört: die Fangjagd bei Schwarzwild befristet zuzulassen, eine Duldungspflicht für überjagende Jagdhunde einzuführen sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch den Einsatz von Nachtzielgeräten zu ermöglichen.

Die Maßnahmen sind umstritten, aus unserer Sicht aber dringend erforderlich. Die hochansteckende ASP ist in Tschechien und Polen bereits aufgetreten. Ein Übergreifen auf Sachsen und dem damit verbundenen betriebs- und volkswirtschaftlichen Schaden, sollte es zu Massenkeulungen der Schweinebestände kommen, kann nur mit höchsten Hygienestandards und in erster Linie einer konsequenten Reduzierung der Schwarzwildbestände verhindert werden.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



Aus Sicht der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages ist es von entscheidender Bedeutung, alle Beteiligten – Landwirte, Tierärzte, Jäger, Behörden und auch die verschiedenen Interessenverbände – schon im Vorfeld für den Ernstfall zu sensibilisieren und für sinnvolle Präventionsmaßnahmen zu gewinnen.

CDU fordert Agrar-Förderreform, denn Bauern gehören auf die Felder und nicht ins Büro!

„Gute Ideen aus Sachsen - Agrarförderung nach 2020 beibehalten - notwendige Reformen im Interesse der Landwirte und Verbraucher umsetzen“ - der Titel unserer Aktuellen Debatte bringt die Problemlage auf den Punkt. Schon lange kritisiert die CDU die ausufernde EU-Bürokratie. Der CDU-Landwirtschaftspolitiker Georg-Ludwig von Breitenbuch betonte: „Landwirte gehören aufs Feld und nicht ins Büro, wo sie den vielen Aufgaben der EU-Bürokratie nachkommen müssen. Deshalb müssen europäische Vorgaben, wie Durchführungsverordnungen, Leitlinien und Auslegungsvermerke, deutlich reduziert werden. Wir fordern mehr wirtschaftliche Freiheiten, anstatt bürokratischer Gängelung unserer Landwirte.“

CDU-Staatsminister Thomas Schmidt hat während der Grünen Woche einen europaweit viel beachteten Reformvorschlag (ELER Reset) vorgelegt. Diesen unterstützen wir ausdrücklich. Besonders ermutigend sind in diesem Zusammenhang die positiven Signale der Europäischen Kommission zum Sächsischen Vorschlag. Wir setzen unsere Bemühungen darauf, dass ab 2021 ein deutliches Minus an Bürokratie, bei weiterhin hoher Förderung der Landwirte, das Ergebnis der Bemühungen sein wird.

Forderung: Besserstellung ehemals politisch Verfolgter in der DDR

CDU, SPD und GRÜNE wollen SED-Unrechtsbereinigungsgesetze novellieren und beauftragen in einem gemeinsamen Antrag die Staatsregierung sich gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat dafür einzusetzen, dass Fristen für die Rehabilitationsansprüche aufgehoben werden. All



denjenigen, die sich erst später mit ihren persönlichen Schicksalsschlägen auseinandersetzen, soll weiterhin die Durchsetzung ihres Rechtes möglich sein.

„Für uns als CDU stehen die Opfer der SED-Diktatur im Mittelpunkt. Es ist erschreckend, dass bis heute durch die Aufarbeitung der Stasi-Unterlagenbeauftragten und Opfernverbände immer wieder neue Formen von Repressionen bekannt werden, deren Nachweisbarkeit für die Opfer sehr schwer möglich ist. Durch die fristlose Verlängerung der Rehabilitationsmöglichkeiten sichern wir einen späten Sieg der Gerechtigkeit für die SED-Opfer“, begründete der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Martin Modschiedler, den Antrag. Um dies umzusetzen sieht der Antrag vor, dass der Zugang zu monatlichen Unterstützungsleistungen insbesondere beim Renteneintritt verbessert und der Kreis der Berechtigten erweitert wird. Außerdem soll die Beweiserleichterung bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden verbessert werden.“

IMPRESSUM:

Herausgeber: Christian Piwarz MdL
Redaktionelle Verantwortung: Heike Ahnert (V.i.s.d.P.)

Fotonachweise:
Michael Kretschmer - © Pawel Sosnowski
Blaue Wunder - © Florian Hoffmann
Sächsischer Landtag - @ Erik Donner
Themenbilder - © CDU-Landtagsfraktion
Redaktionsschluss: 26.03.2018

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202
Tel.: 0351 - 32 31 666
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden
| Fax: 0351 - 451 031 55 20
| christian.piwarz@slt-sachsen.de

